

zulegen und es intensiver landwirtschaftlich zu nutzen, gehen schon auf die frühen 70er Jahre zurück. Sie werden angesichts der Bemühungen um eine Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion energisch vorangetrieben. Wenn diese Sümpfe trockengelegt werden, bedeutet das das Ende für eine der ursprünglichsten Kulturen im Nahen Osten. Die irakische Regierung nutzt ihre landwirtschaftlichen Entwicklungspläne zugleich dazu, um in diesem unwegsamen Gebiet noch immer operierenden Gegnern den durch die Natur gegebenen Schutz zu entziehen. Dabei wird zwangsläufig auch die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen.

Nach Meldungen aus dem Iran und aus irakischen Oppositionskreisen in London gibt es einen ständigen Strom von Flüchtlingen über die Grenze. Unklar ist zur Zeit, welche ökologischen Folgen die Trockenlegung des Sumpfgebiets haben wird. Dabei muß noch in Betracht gezogen werden, daß zumindest das Wasser des Euphrat durch das in seinem türkischen Quellgebiet errichtete Staudammsystem des Atatürkdammes und durch den syrischen Asad-Damm für den Irak um die Hälfte reduziert worden ist. Dadurch haben Versalzung und Bodenerosion eingesetzt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich diese negativen Tendenzen verstärken werden, weil sich die Fließgeschwindigkeit des Schatt al-Arab nach der Trockenlegung erhöhen wird.

Das andere große innenpolitische Problem des Irak neben dem sunnitisch-schiitischen Konflikt ist sein großer kurdischer Bevölkerungsanteil. Die kurdischen Bemühungen um eine größere Eigenständigkeit hatten im Irak größere Erfolge als in anderen Staaten, in denen Teile dieses Volkes leben. Es hat auch unter baathistischer Herrschaft immer wieder Phasen gegeben, in denen einvernehmliche *Autonomiepläne* verabredet wurden. Sie sind in der Regel gescheitert. Allerdings hat die baathistische Führung im Irak im Gegensatz zu anderen nie versucht, den Kurden ihre nationale Identität abzusprechen: „Erst hat Saddam uns anerkannt, dann hat er uns getötet. Aber Özal (der ehemalige türkische Staatspräsident) hat nicht einmal unsere Identität anerkannt und uns zu Bergtürken gemacht.“ Auf diese Formel brachte eine junge Kurdin mir gegenüber einmal die Einstellung vieler Kurden gegenüber der irakischen Führung.

Die Einrichtung von Schutzzonen für die kurdische Bevölkerung durch die Vereinten Nationen wird von vielen Irakern als Eingriff in die Souveränität des Landes angesehen. Die Tatsache, daß türkische Militäreinheiten im Nordirak gegen kurdische Freischärler operieren dürfen, ohne daß die Weltorganisation dagegen vorgeht oder diese Tatsache auch nur offiziell zur Kenntnis nimmt, dienen der irakischen Führung als Hinweise auf die Tatsache, wie sehr in den UN mit zweierlei Maß gemessen wird. Die lange intern schwelenden und nun offen aufgebrochenen Spannungen zwischen verschiedenen kurdischen Fraktionen und Parteien schwächen zweifellos die kurdischen Positionen gegenüber der Türkei und dem Iran, aber natürlich auch gegenüber der irakischen Zentralregierung.

### Wann wird das UN-Embargo gegen den Irak aufgehoben?

Die Frage, wann das UN-Embargo gegen den Irak aufgehoben wird, bildet einen ständigen Gesprächsstoff der Iraker untereinander, aber auch bei ihren Unterhaltungen mit ausländischen Besuchern. Nach irakischer Auffassung sind alle Bedingungen für die Aufhebung erfüllt. Auch einige Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrates teilen diese Ansicht. Im Endeffekt werden jedoch wirtschaftliche Gründe und nicht etwa politische oder auf die Menschenrechtssituation bezogene Vorstellungen die Entscheidung über das Embargo-Ende bestimmen. Ein wichtiger Faktor ist dabei der Rohölpreis auf den internationalen Märkten. Solange der Preis niedrig ist, besteht kein Anlaß, irakischem Öl den Zugang zu den Märkten zu öffnen. Ölpreisanalysen rechnen jedoch mit einem erheblichen Anziehen der Preise für die verschiedensten petrochemischen Grundstoffe für die Mitte des kommenden Jahres. Dann würde das irakische Öl möglicherweise mäßigend auf eine überzogene Preisentwicklung wirken. Der Irak wird wohl noch einige Zeit darauf warten müssen, wieder zu normalen wirtschaftlichen Verhältnissen zurückzukehren.

Peter Heine

## Kurzinformationen

### Kontroverse Bewertungen des Wiederverheirateten-Hirtenbriefs deutscher Bischöfe

Der Hirtenbrief der drei Bischöfe der südwestdeutschen Kirchenprovinz, Oskar Saier, Walter Kasper und Karl

Lehmann, zur kirchlichen Haltung zu den wiederverheirateten Geschiedenen (vgl. HK, September 1993, 460 ff.; April 1994, 166) trifft weltweit weiterhin auf ein kontroverses Echo. Der Bischof von Corpus Christi (US-Bundesstaat Texas), Rene H. Gracida, kritisierte den Hirtenbrief der südwest-

deutschen Bischöfe öffentlich in einem eigenen Hirtenbrief zur Pastoral an Geschiedenen und wiederverheirateten Geschiedenen. Er bedauere es, wendet sich Gracida an seine Diözesanen, daß sie von Lehren „einiger Theologen und Hirten“ beeinflusst würden, die „mit der Lehre Papst

Johannes Pauls II. unvereinbar“ seien. In einer Fußnote verweist Gracida auf die amerikanische Übersetzung des Hirtenschreibens im Dokumentationsdienst des *Catholic News Service* der US-Bischöfskonferenz *Origins* (10.3.94, S. 670 ff.). Gracida erinnerte an die kirchlicherseits gelehrte ausnahmslose Unauflöslichkeit der sakramental gültig geschlossenen und sexuell vollzogenen Ehe. Während er die drei südwestdeutschen Bischöfe nicht namentlich erwähnt, verweist er beim Thema „Unauflöslichkeit“ zustimmend auf einen Artikel von Karl Lehmann zum gleichen Thema aus der Internationalen Zeitschrift „*Communio*“ des Jahres 1974. Drei englischsprachige Wissenschaftler, die US-Moraltheologen *Germain Grisez* und *William E. May* sowie der Oxforder Philosophieprofessor *John M. Finnis* veröffentlichten einen Offenen Brief an die drei südwestdeutschen Bischöfe, in dem sie den Hirtenbrief scharf kritisieren (Wortlaut in: *Theologisches*, 6/1994, S. 289 ff.) Im Kern werfen sie den drei Bischöfen vor, ihr Hirtenschreiben bzw. ihre Grundsätze zu diesem Thema enthielten einen Begriff der Unauflöslichkeit, der im Widerspruch stehe zur Lehre Jesu. Als ein sowohl methodisch wie auch dem Inhalt nach „bemerkenswertes“ Dokument bewertete indes der bekannte US-amerikanische Kirchenrechtlicher *Ladislas Örsy* den Vorstoß der drei südwestdeutschen Bischöfe in einem Beitrag für die englische Wochenzeitung „*The Tablet*“ (18.6.94). Das Dokument sei ein gutes Beispiel für jene alte Tradition, die heute in der Ostkirche lebendiger sei als in der Westkirche: die gläubige Beachtung der Gesetze, die „akribeia“, müsse verbunden werden mit dem Geist des Erbarmens, der „oikonomia“.

### Kirchliche Verständigungsbemühungen in Moskau

Vom 21. bis 23. Juni kamen im Moskauer Danilow-Kloster, dem Sitz des Russisch-Orthodoxen Patriarchats, etwa 150 Kirchenvertreter aus den Mit-

gliedstaaten der GUS und den baltischen Republiken zu einer Konferenz mit dem Titel „Der christliche Glaube und der menschliche Unfriede“ zusammen. Es handelte sich um das erste Treffen dieser Art seit dem Ende der Sowjetunion. Hintergrund für die Zusammenkunft waren die Spannungen zwischen den Kirchen, die in den letzten Jahren in den GUS-Staaten, nicht zuletzt in Rußland, entstanden sind; sowohl zwischen Orthodoxen und Katholiken wie insgesamt zwischen den traditionellen Kirchen und verschiedenen Sekten und religiösen Bewegungen, die zum Teil mit problematischen Methoden missionieren. Die Konferenz wurde von einem Komitee vorbereitet, das von Metropolit *Kyrill*, dem Leiter des Kirchlichen Außenamtes der ROK, *Peter Konovalchik* von den Baptisten und Erzbischof *Tadeusz Kondrusiewicz*, dem Apostolischen Administrator für den europäischen Teil Rußlands, geleitet wurde. Der Vatikan war bei dem Treffen mit einer Delegation unter Leitung von Kardinal *Edward Cassidy*, dem Präsidenten des Einheitsrates, vertreten; für die Konferenz europäischer Kirchen beobachteten deren Generalsekretär *Jean Fischer* und für den Rat der Europäischen Bischofskonferenzen dessen Vorsitzender, der Prager Erzbischof *Miloslav Vlk*, die Konferenz. Zum Abschluß ihrer dreitägigen Beratungen verabschiedeten die Kirchenvertreter eine Erklärung, in der es u. a. heißt: „Im Bewußtsein unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen haben wir Orthodoxen, Katholiken und Protestanten aus der GUS und den baltischen Staaten uns entschlossen, einen neuen Anfang in unseren gemeinsamen Bemühungen um eine Beendigung der Gewalt zu machen, die Gott beleidigt. So sollen in unseren Ländern Friede, Gerechtigkeit und Eintracht einkehren.“ Die Teilnehmer der Konferenz einigten sich darauf, ein *Koordinierungsgremium* für die Kirchen in der GUS und den baltischen Staaten ins Leben zu rufen; ob daraus eine Art Rat der Kirchen nach dem Muster von nationalen und regionalen Kirchenräten wird, ist noch nicht

abzusehen. In ihrer Abschlusserklärung verurteilte die Konferenz den Mißbrauch der Religion zur Rechtfertigung von Gewalt als Sünde gegenüber Gott und dem Evangelium und zeigte sich besorgt über die Aktivitäten „pseudoreligiöser Gruppen“ in ihren Ländern.

### Zuspitzung im „Fall Gaillot“

Das seit langem gespannte Verhältnis des Bischofs von Evreux, *Jacques Gaillot*, zu den übrigen französischen Bischöfen scheint sich gegenwärtig erheblich zuzuspitzen. Die Lyoneser Zeitschrift „*Golias*“ veröffentlichte am 25. Mai einen Brief des Vorsitzenden der Französischen Bischofskonferenz und Erzbischof von Rouen, *Joseph Duval*, an Gaillot, in dem dieser ihn ungeschminkt zur Ordnung ruft. Anlaß waren zwei Fernsehauftritte Gaillots, darunter einer mit Eugen Drewermann. Duval bezeichnet in dem Brief die Medienauftritte Gaillots als „zunehmend unakzeptabel“: „Deine offene Distanz gegenüber Deinen Mitbrüdern im Episkopat schmerzt uns und ist für viele Katholiken ein Skandal. Es ist zwar richtig, daß es auch Leute gibt, die Dir beipflichten. Aber was suchst Du im letzten? Deinen persönlichen Erfolg oder die zu schaffende Einheit?“ Abschließend appelliert Duval eindringlich an Gaillot, nicht so weiterzumachen wie bisher. In einem Antwortschreiben, das allen französischen Bischöfen zuging, wies Gaillot auf einige nicht in seiner Verantwortungen stehende medienbedingte Umstände hin, die zu der Wirkung der Sendungen beigetragen hätten. Auf die grundsätzliche Frage, warum er in solchen Sendungen überhaupt auftrete, antwortete Gaillot: „Ich versuche, dort präsent zu sein, wo keiner von uns ist, und mich an diejenigen zu wenden, die wir nie erreichen.“ Eine zusätzliche Schärfe erhielt der Konflikt dadurch, daß nach Angaben von Gaillot Duval dem Bischof von Evreux gegenüber Mitte Mai mündlich von der Möglichkeit gesprochen haben soll, daß Rom ihn zum Rücktritt auffordern

oder ihm einen Apostolischen Administrator mit allen Vollmachten zur Seite stellen könnte. In einem Rundfunkinterview kündigte Gaillot unterdessen seinen Rücktritt für den Fall an, daß Rom ihm auferlegen würde zu schweigen. Der Erzbischof von Straßburg, *Charles Brand*, untersagte Gaillot weitere Auftritte in seiner Erzdiözese. Einer der Fernsehsender, in denen Gaillot aufgetreten war, Arte, befindet sich in Straßburg. Der Bischof von Metz, *Pierre Raffin*, bezeichnete die Teilnahme Gaillots bei einer Veranstaltung im Herbst als „nicht opportun“. Am 31. Mai wurde Bischof Gaillot in Luzern mit dem „Herbert-Haag-Preis für Freiheit in der Kirche“ ausgezeichnet.

### Agenda für Entwicklung des UN-Generalsekretärs

In einer Zeit, da weltweit Entwicklung einerseits zu stagnieren drohe, andererseits aber eine „Kultur der Entwicklung“ im Entstehen sei, es Anzeichen gäbe, daß sich die Welt gar in der „Ära der Entwicklung“ befinde, sei eine neue Vision von Entwicklung nötig, müsse ein neuer Entwicklungsbegriff erarbeitet werden. Dieses will – zwei Jahre nach seiner „Agenda für den Frieden“ – der Generalsekretär der Vereinten Nationen, *Boutros-Ghali*, jetzt mit der jüngst vorgestellten 55seitigen „Agende für Entwicklung“ leisten. Charakteristisch für diesen neuen Begriff von Entwicklung ist dessen Mehrdimensionalität. Fünf Dimensionen nennt Ghali: Die erste, grundlegende Dimension bildet der Frieden. Dabei mahnt Ghali, nicht länger könne man wie die herkömmlichen Entwicklungsansätze davon ausgehen, daß Entwicklung unter Bedingungen des Friedens stattfindet. Die meisten Völker müßten sie vor dem Hintergrund vergangener, aktueller oder drohender Konflikte verfolgen, Wiederaufbau und Entwicklungsbemühungen müßten auch schon in Konfliktsituationen begonnen werden. Wie schon bei der „Agenda für den Frieden“ widmet der Generalsekretär den Grundbedingun-

gen der „Friedenskonsolidierung“ besondere Aufmerksamkeit. Die zweite Dimension sei *nachhaltiges und bestandsfähiges Wirtschaftswachstum*, grundsätzlich orientiert am Erreichen von Vollbeschäftigung, Verringerung der Armut, größerer Chancengleichheit und ausgewogener Einkommensverteilung. Die Bestimmung der richtigen Mischung von staatlicher Lenkung der Wirtschaft und Förderung der Privatinitiative sei dabei die vielleicht dringendste Herausforderung. In jedem Fall beschränkt die Agenda die Rolle des Staates auf die Gewährung eines ordnungspolitischen Rahmens für das wirksame Funktionieren einer wettbewerbsfähigen Marktwirtschaft. Als dritte Dimension wird die *Umwelt* als Grundlage der Bestandsfähigkeit von Entwicklung genannt. Da Entwicklung immer innerhalb eines konkreten gesellschaftlichen Umfeldes und nur als Reaktion auf konkrete gesellschaftliche Gegebenheiten stattfindet, nennt die Agenda (weltweite) *Gerechtigkeit* als vierte Dimension. Der Zusammenhang zwischen Entwicklung und der fünften und letzten Dimension, der *Demokratie*, lasse sich nur schwer darstellen, sei aber intuitiv faßbar. Demokratie und Entwicklung seien auf grundlegende Weise verknüpft, da Demokratie langfristig die einzige Grundlage biete, miteinander im Wettstreit stehende ethnische, religiöse und kulturelle Interessen mit minimalstem Konfliktrisiko zum Ausgleich zu bringen.

### Jahrestagung des Rates des Lutherischen Weltbundes

Bei seiner Jahrestagung in Genf Ende Juni hat der 48köpfige Rat des Lutherischen Weltbundes den bisherigen Direktor der Abteilung des LWB für Mission und Entwicklung, *Ishmael Noko*, zum neuen Generalsekretär des LWB gewählt. Der 50jährige Angehörige der relativ kleinen Evangelisch-Lutherischen Kirche von Simbabwe ist der erste Afrikaner auf diesem Posten. Er tritt die Nachfolge des norwegischen Theologen *Gunnar*

*Staalsett* an, der das Amt seit 1985 innehatte. In die Amtszeit Nokos fällt die neunte Vollversammlung des LWB im Juli 1997 in Hongkong (das in Genf beschlossene Thema der Vollversammlung lautet: „In Christus zum Zeugnis berufen“), mit der zugleich das 50jährige Bestehen des nun 119 Mitgliedskirchen umfassenden Bundes gefeiert werden soll. Mehrere Beschlüsse und Resolutionen wurden in Genf angenommen: Neben dem Beschluß einer „Konsultation zur Gemeinschaft unter lutherischen Kirchen im multireligiösen und -kulturellen Kontext Afrikas“ im März 1995 auch einer zum Thema Frauenordination. Darin heißt es, das Schreiben Johannes Pauls II. über die nur Männern vorbehaltene Priesterweihe (vgl. HK, Juli 1994, 355 ff.) habe gezeigt, daß Frauen im geistlichen Amt ein ernstes ökumenisches Hindernis seien. Es müsse aber möglich sein, dieses wichtige Thema in bilateralen Gesprächen zwischen Katholiken und Lutheranern weiterzuführen. In den Beschluß aufgenommen wurde ein Schreiben des scheidenden Generalsekretärs an den Papst, in dem Staalsett betont hatte, die Theologie, die der lutherischen Praxis der Ordination von Frauen zugrunde liege, widerlege die Argumente Roms. Es stelle sich die Frage, ob das Papstschreiben mit seinem starren Wahrheitsanspruch und dem Versuch, die Frage der Frauenordination von der ökumenischen Tagesordnung zu streichen, den Dialog zwischen den Konfessionen untergraben könnte. Der LWB sei allerdings der Überzeugung, daß der Heilige Geist gerade in der ökumenischen Diskussion zu neuen Erkenntnissen in die Heilige Schrift führen könne. Neben verschiedenen Resolutionen über das „Jahr der Familie“, Liberia, Südafrika, Mittelamerika und den Nahen Osten stand auch eine zur Situation in *Ruanda*. Darin wurde an die UNO appelliert, die Hilfsmission und jegliche Anstrengungen gegen den Völkermord unverzüglich zu verstärken. Dabei plädiert der LWB auch für die Schaffung einer ständigen UNO-Friedensüberwachungstruppe.